

## Streiflichter

### „Abrüstung, falls möglich“ — Gandhis Haft-Zubüaum Polnisch-Litauischer Friede?

„Abrüstung, falls möglich“ — das ist der Sinn, oder besser gesagt, der Widerstand des endgültigen Abrüstungsentwurfes, der auf der 7. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf nun endlich angenommen wurde, und der dem Völkerbund vorgelegt werden wird. Haben die Verfasser die grausige Ironie des Sprüchleins, das dem Gesamtentwurf den Ton angibt, nicht bemerkt? Fünf Jahre lang hat die Vorbereitende Abrüstungskommission, mit Verlaub gesagt, gearbeitet, um zu diesem hilflosen Ergebnis zu kommen. Ist das Blindheit — oder Verbrechen?

Es war keine Blindheit. Es kann nicht angenommen werden, daß die Vertreter derjenigen Staaten, die eine aufrüstungsfreudige Mehrheit in der Abrüstungskommission bildeten, die Dinge nicht übersehen oder durchschauten. Handelten sie doch in direktem Auftrage ihrer Regierung. Sie mußten wissen, daß sie durch die Sabotage der Abrüstung den kommenden Krieg vorbereiten. Ihre Tätigkeit in der Abrüstungskommission bezweckte nichts anderes, als in der Öffentlichkeit den täuschenden Eindruck zu erwecken, daß etwas für die Abrüstung getan wird, daß die Abrüstung kommt. Heute, als es nun erforderlich wurde, den Schlüsselpunkt hinter die langwierigen und zwecklosen Verhandlungen zu setzen, sahen sich die Vertreter der Mehrheit in der Vorbereitenden Abrüstungskommission genötigt, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Daher „Abrüstung, falls möglich“. Die Betonung liegt dabei selbstverständlich bei den Worten „falls möglich“. Daß es möglich sein wird, daran glauben die Herren Verfasser des Entwurfs selbst wohl am wenigsten. Das Lob ihrer Regierungen ist ihnen aber vielleicht gerade deswegen gewiß.

Die Zahl sieben hatte seit jeher einen magischen Zauber. Gandhi, der große indische Führer, ist nun seit sieben Monaten hinter den Gittern eines englischen Gefängnisses in seiner Heimat Gandhis Anhänger haben dieses „Zubüaum“ auf eine Art begangen, die den Engländern wenig zwangt: sie veranstalteten auf den Straßen Bombas einen Anzug. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der britischen Polizei und der nach vielen Tausenden zählenden Menge, wobei beinahe 250 Indier verletzt wurden. Inzwischen tagt in London weiter die Indien-Konferenz, die Konferenz am Runden Tisch. Die indischen Delegierten wußten die Nachricht von der Gandhi-Demonstration in Bombay und von den blutigen Opfern dieser Demonstration mit Fassungslosigkeit zu tragen. Etwas größere Erregung dürfte bei ihnen die Nachricht hervorgerufen haben, daß der Generalinspektor der Gefängnisse in Indien von einem Eingeborenen ermordet worden ist. Die nationale Freiheitspartei Indiens, die Partei Gandhis, ist auf der Round-Table-Conference nicht vertreten. Ueber das Schicksal des Landes entscheiden in London Menschen, die mit der indischen Bevölkerung in keinem Kontakt stehen. Die Konferenz macht langsam, aber sicher Fortschritte — indessen geht der Kampf in Indien weiter. Das gemütlche Beisammensein in der englischen Hauptstadt steht in krassem Widerspruch zu den blutigen Ereignissen im Lande der 300 Millionen. Unwillkürlich gewinnt man den Eindruck, daß es sich um zwei Projekte handelt, die nichts miteinander zu tun haben. Und vielleicht ist es auch so.

In Berlin kommen in diesen Tagen Litauer und Polen zusammen, um miteinander Frieden zu schließen. Nicht zum ersten Male finden auf neutralem deutschem Boden Verhandlungen statt, deren Ziel es ist, dem zehnjährigen Kriegszustand, der zwischen Polen und Litauen herrscht, ein Ende zu bereiten. Als letzterzeit in Königsberg die große polnisch-litauische Konferenz auf Veranlassung des Völkerbundes und unter tatkräftiger Unterstützung der deutschen Regierungsgestalten vor sich ging, hoffte man, dort greifbare Erfolge zu erzielen. Diese Hoffnungen wurden getäuscht. Ueber einige nebensächliche Punkte wurden Vereinbarungen getroffen, aber selbst diese Vereinbarungen kamen nicht zur Ausführung. Die Sache des polnisch-litauischen Friedens schien für längere Zeit begraben zu sein.

Indessen gingen in beiden Ländern, in erster Linie aber in Litauen, große Veränderungen vor sich. Der litauische Diktator Poldemaras wurde gestürzt, in Kowno begann ein neuer Wind zu wehen, und hinter den Russen setzte eine Fühlungnahme politischer Kreise Litauens und Polens ein. In polnischen Zeitungen erschienen sensationelle Meldungen über die Zugeständnisse, die Litauen an Polen zu machen bereit ist, vor allen Dingen in der Frage der von Polen besetzten litauischen Hauptstadt Wilna. Und als vor wenigen Tagen der litauisch-polnische Vertrag perfekt wurde, wollten Weitblickende wissen, daß Lettland, ein treuer Freund Polens, mit Hilfe dieses Vertrages eine Brücke von Warschau nach Kowno baut. In wenigen Tagen wird es sich zeigen, inwieweit die Chancen einer Verständigung zwischen Litauen und Polen neuerdings gestiegen sind.

## Jugend in Waffen

Von Klaus-Urich Henning

Eines der brennendsten Probleme jeder Armee ist — der Weltkrieg hat es bewiesen — die Heranbildung eines unbedingt zuverlässigen Nachwuchses der Führerschicht. Und in allen Armeen der großen Mächte der Welt sehen wir das Bestreben, schon möglichst früh die Jugend des Landes für den Waffendienst zu begeistern und, so zeitig es nur irgend geht, sie auch praktisch mit dem Waffenhandwerk bekannt zu machen, um so einen Stamm militärisch befähigter Jungmänner zu erhalten, aus dem der Nachwuchs mit Leichtigkeit nach seinen Kenntnissen und seinen Fähigkeiten entsprechend ausgewählt werden kann.

Im alten Preußen ist diese Sorge um den geeigneten Führernachwuchs nicht unbekannt gewesen. Schon der Soldatenkönig bewies sein ernstes Streben nach weiterer, auch innerer Festigung seiner Armee durch die im Jahre 1717 erfolgte Gründung des „Corps des cadets“. Seine Nachfolger, begannen mit Friedrich dem Großen, bauten diese Institution weiter aus. Wir wissen heute, was das preussische Heer dieser Pflanzstätte seines Offizierskorps zu danken hatte: die Besten aus seinen Reihen. Hindenburg ist preussischer Kadett gewesen und Ludendorff auch, und mit ihnen fast alle aus dem Kriege bekannten Heerführer. Auch die beiden letzten Chefs der Heeresleitung, Generalfeldmarschall Heine und General der Infanterie von Hammerstein, haben ihre ersten soldatischen Lehren im alten preussischen Kadettenkorps erhalten.

Das preussische Kadettenkorps hat dem Vorkriegs- und Weimarer Preußen weichen müssen. Auch die Unteroffizierschulen und Vorkursen sind verschwunden. Der Gegner hatte im Kriege Gelegenheit genug bekommen, die Vorteile solcher militärischer Ausbildung auch im Ernstfalle kennenzulernen; deshalb verbot er in Deutschland die Jugendausbildung auch in der harmlosesten Form, während in den Ländern der Vertragsgegner von Versailles die Jugendausbildung auf eine hohe Stufe gehoben wurde, gegen die die Erziehung im preussischen Kadettenkorps fast wie Soldatenspielererei anmutet. Und die ist es doch, weiß Gott, nicht gewesen.

Eine Einrichtung gibt es auf der Welt, die den preussischen Kadettenanstalten am ehesten ähnelt: West Point, Amerikas große Militärschule. Hier sammeln sich die Söhne der ersten Familien des Landes, um in hartem Drill in die Geheimnisse des Soldatentums eingeführt zu werden. Aber nicht nur Elite wird in den Vereinigten Staaten zum Waffenhandwerk vorbereitet. In allen Staaten sind große Leberungslager — „citizens military training camps“ — ins Leben getreten worden, zu deren Besuch große Plakate überall im Lande den jungen Bürger auffordern, indem sie in verlockenden Farben dem jungen Amerikaner die Vorzüge militärischen Drills und einer gleichzeitig kostenlos verlebten Ferienzeit schildern.

Wieder anders geht man in England an die Ausbildung der Jugend und die Heranbildung geeigneten Führernachwuchses. Zu diesem Zweck wurde das „Officer Training Corps“, jedem Engländer als „O.T.C.“ bekannt, gebildet. Die Ansätze dieses Korps liegen noch in der Zeit vor dem Weltkriege, wo das O.T.C. das Nachwuchskorps für das Reserve-Offizierskorps bildete. Nach dem Kriege wurde es dann den gemachten Erfahrungen entsprechend ausgebaut und neu organisiert. Jetzt zerfällt es in zwei Divisionen: die Gruppen der Universitäten bilden die „Alt-Division“, während die Einheiten der höheren Schulen „Jung-Division“ genannt werden. Der Eintritt erfolgt bei der Jung-Division im Alter von etwa 14 bis 17 Jahren, die Studenten dürfen nicht unter 18 und nicht über 25 Jahre alt sein. Der Dienst dauert im ganzen vier Jahre.

Wie Polen und die Tschechoslowakei ihre männliche Jugend durch Sokols und Pfadfinder-Organisationen zu erfassen wissen, ist bei uns in Deutschland genugsam bekannt. In Rußland bildet man nicht nur Schulklassen zu Soldaten heran, sondern ist eifrig bemüht, auch die „ABC-Schützen“ zu Amazonen und waffentragenden Megären auszubilden. Und selbst im Fernen Osten, in Japan, hat man krasse Organisationen für die männliche Jugend geschaffen, um ihr so frühzeitig Liebe zum Waffenhandwerk und vor allem die Fähigkeit, es zu handhaben, zu vermitteln.

Natürlich fehlt bei diesen Bemühungen um die Waffenschulung der Jugend des Landes Frankreich nicht. Aber die französische Regierung und die Leitung der französischen Armee sehen ihre Aufgaben an der Jugend aus einem ganz anderen Gesichtswinkel an, als alle übrigen Länder der Welt, Polen und die Tschechoslowakei vielleicht ausgenommen. Daß die Franzosen mit ihrer Arbeit an der Jugend schon besonders früh beginnen, kann uns bei Kenntnis der französischen Mentalität nicht wundern. Aber daß sie diese Arbeit schon in dem Augenblick beginnen, in dem das Kind zum erstenmal in seinem Leben den Schulweg antritt, erscheint uns denn doch als ein starkes Stück. Schon beim Eintritt in die Schule erhält nämlich das sechsjährige Kind ein Stammbuch, das es dann während seiner ganzen Schulzeit und bis zum Eintritt in die Armee begleitet. Gleichzeitig beginnt die „militärische Erziehung“ die vom sechzehnten Lebensjahre ab bis zum Beginn des aktiven Mi-

tarientages von der direkten militärischen Vorbereitung abgelehnt wird. Diese „militärische“ Vorbereitung wird von einer teilschen Brunnengiftung und systematischen Deutschenhege begleitet, die die französische Regierung unter ausgiebiger Verwendung der Kriegsschuldbüchse betreibt.

So rüsten die Staaten der Welt ihre Jugend zu kommenden Tagen. Nur Deutschland ist es unterlag, auch seinen männlichen Nachwuchs im Gebrauch der Waffen zu unterweisen.

## Arbeitsbeschaffung durch den württembergischen Staat

Aus einer Landtagsrede des Abgeordneten Dr. M a u t h e  
Bei der Aussprache über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der württ. Regierung, die in der letzten Woche im Landtag stattfand, ergriff u. a. auch Abg. Dr. Mauthé von der Deutschen Demokrat. Partei das Wort zu sehr wirksamen Ausführungen. Wir tragen als für die Schwarzwaldbezirke von besonderer Bedeutung noch das Folgende nach:

„Ich möchte ganz sicher den Heilbronner und Stuttgarter Bezirken die Arbeitsgelegenheiten nicht, aber trotzdem geht es mir wie dem Herren Kollegen Göhring, daß ich finde, daß neben dem Unterland auch das Oberland und der Schwarzwald den Segen einer weisen Finanz- und Wirtschaftsverwaltung genießen sollen. Deshalb bitte ich, die Erhebungen, die nach den gestrigen Regierungserklärungen im Bezirk Ulm veranstaltet werden, auch auf die Arbeitsamtsgebiete Rottweil, Tuttlingen, Balingen ausdehnen zu wollen. Dort sind nach den gemachten Erhebungen über 4000 Arbeitslose und Arbeitsverlosungsbedürftige auf der einen Seite, andererseits werden an Kostendarbeiten im Bezirk Rottweil nur 250 und in Tuttlingen an den Bahnbauten nur ca. 300 Leute beschäftigt. Die anzustellenden Erhebungen werden dann weiter ergeben, daß Gelegenheiten, nicht gesuchte, sondern wirkliche teils sehr bald und in absehbarer Zeit zur Ausführung kommen müssen und zu Kostendarbeiten ausgezeichnet geeignete Projekte vorhanden sind, die ich hier mit anmilde und weiter zu verfolgen bitte: Der Bau einer Wasserleitung, die mit großen Erdarbeiten verknüpft ist, in Schweningen, der Ausbau der etwas eingestorenen Arbeiten beim Bau des zweiten Geleises Rottweil-Balingen, die schon öfters hier zur Sprache gebrachte Verbreiterung der so gefährlichen Staatsstraße Rottweil-Schramberg, ebenso die Verbreiterung der Hinzelschneise Schramberg-Kauterbach über den Föhrenbühl nach Hornberg und damit die mangelnde Eisenbahn so nötige Möglichkeit einer direkten Autolinie nach Freiburg. Die Herstellung der für die Belange der spezifisch württembergischen Fremdenindustrie so dringend nötigen Höhenstraße Freudenstadt-Bellensfeld-Wildbad kann nicht verzögert und darf nicht noch einmal abgeschlagen werden. Die leistungsfähige Straße ist zu gefährlich. Das empfinden auch unsere fremden Gäste. Sie fahren deshalb von Freudenstadt aus nicht nach dem württembergischen Wildbad, vielmehr lenken sie ihr Auto nach Baden-Baden, wohnt eine bessere Straße führt. Ein anderes kommt noch hinzu: Die Glasfabrik in Freudenstadt ist stillgelegt. Die gesamte Belegschaft liegt auf der Straße. In Freudenstadt selbst ist es unmöglich, für diese Leute Arbeit zu beschaffen. Dies gilt auch für die Umgebung. Die entlassenen Arbeiter könnten aber an diesem genannten Streckenbau beschäftigt werden. Auch aus diesem Grunde empfehle ich der Regierung, meine Anregung zu beachten.“

Ich anerkenne, und der Herr Minister hat es ja schon erwähnt, daß er auch die Kostendarbeiten der Gemeinde Althalden, den Bau der Straße Althalden-Oberreute mit in das vorliegende Programm aufgenommen hat; möchte aber doch zu bedenken geben, daß bei einem Objekt von 124 000 Mark seitens einer Gemeinde, die 30 Prozent Umlage erheben muß, der Zuschußbeitrag von 10 000 Mark doch ein verhältnismäßig außerordentlich kleiner ist und sicher eine nachträgliche Steigerung erfordern sollte. Herr Kollege Weimer hat schon ganz richtig auf die Möglichkeiten und auf die Notwendigkeiten hingewiesen, die in den Forstbezirken bei Neuenbürg-Wildbad vorhanden sind, die Waldwege zu verbessern, um die Abfuhr des Holzes in Ordnung zu bringen — ich stimme ihm da vollständig bei —, damit die unter der Abfuhr stehenden Holzarbeiter produktive Beschäftigung finden.

Unter den Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit, und wenn es auch nur kleine Stütze in dem großen Mosaikbild sind, muß ich die größere Berücksichtigung der einheimischen Gewerbe ansprechen und zwar an all den Plätzen, wo der Staat selber etwas zu vergeben hat. So höre ich immer und immer wieder Klagen von Wildbad über große Stuttgarter Firmen, die dort die staatlichen Aufträge dem einheimischen Gewerbe wegnehmen.

Die Stuttgarter haben ein großes sonstiges Arbeitsfeld und sollten die Leute an kleinen Plätzen auch leben lassen, ich vertrete Wildbad und habe die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen. Es kommt ferner in Betracht die Möglichkeit, trotz der glatten Linie des Wertbundes bei staatlichen Bauarbeiten auch etwas mehr Ornamentalschmuck zu verwenden wie früher, um die Holzbildhauer, die in einer trostlosen Lage sind, wie ich aus meiner eigenen Branche beurteilen kann, ebenso die Steinhauer, denen wir es feinerzeit in Maulbronn versprochen haben, besser zu beschäftigen. Sodann hat die Handelskammer Rottweil erst jüngst begründeten Einspruch erhoben gegen das Vorgehen der badischen Behörden an den Landesgrenzen, die Württemberger bei Bauarbeiten einfach auszuschließen. Ich hoffe, daß das Wirtschaftsministerium gerade hier im Interesse der Arbeitslosen im Baugewerbe nach dem Rechten sehen und auch verhindern wird, daß in Zukunft Eisenkonstruktionsarbeiten wie z. B. für den Rohbau der Klinik in Tübingen, nicht in der Hauptsache nach Dortmund kommen, sondern hier in Württemberg bleiben. Auch das prinzipielle Nichtweiterbeschäftigenwollen von württembergischen Holzarbeitern in den Wäldern der Rurgalschiffers-Gesellschaft, an der der badische Staat mit 50 Prozent beteiligt ist, dürfte zum Eingreifen Veranlassung geben. Letzten Endes müßten in denjenigen württembergischen Grenzindustrialbezirken, die wahlweise württembergische und badische Arbeiter einstellen, durch Gegenmaßnahmen die Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums unterstützt werden.“

Man kann dem Abg. Dr. Mauthé für diese wirksame Vertretung der Räte unseres Bezirkes gegenüber der Regierung sehr dankbar sein und die von ihm erhobenen Forderungen nur nachdrücklich unterstützen.

## Lesen Sie unsere Zeitung!

